

**Mitteilungsvorlage, DS-Nr. 2022/0062**

öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Rat	15.02.2022			

**Betreff:** Initiative Seebrücke - "Städte Sicherer Häfen";  
hier: Stellungnahme der Kommunalaufsicht

**Mitteilungstext:**

Der Haupt- und Finanzausschuss hatte in seiner Sitzung am 6.5.2021 anstelle des Rates der Stadt Troisdorf (gemäß § 60 Absatz 2 GO) unter TOP 29 „Initiative Seebrücke – Städte Sicherer Hafen“ (DS-Nr. 2021/0432) mehrheitlich unter anderem folgenden Beschluss gefasst:

**Beschluss:**

...

- 4. Der Rat der Stadt Troisdorf appelliert an die Bundesregierung, sich verstärkt für sichere Fluchtwege, für die Bekämpfung von Fluchtursachen und für eine humane europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen sowie der Kriminalisierung von Seenotretterinnen entschlossen entgegenzutreten.*

*Abstimmungsergebnis: Ja 12 Nein 2 Enthaltung 9*

Diesen Beschluss hat der Bürgermeister mit Schreiben vom 1.6.2021 an alle Ratsmitglieder gemäß § 54 Absatz 2 GO beanstandet.

In seiner Sitzung am 22.6.2021 hat der Rat der Stadt Troisdorf jedoch mehrheitlich eine Rücknahme dieses Beschlusses abgelehnt, so dass der Aufsichtsbehörde diese Angelegenheit vorgelegt wurde. Der Rhein-Sieg-Kreis hat nunmehr mit Schreiben vom 6.1.2022 bestätigt, dass der Rat der Stadt Troisdorf mit seinem Beschluss die Befassungskompetenz überschritten hat und die Beanstandung des Bürgermeisters somit gerechtfertigt war. Das Schreiben des Rhein-Sieg-Kreises, welches auch zu einem ähnlich gelagerten Sachverhalt Stellung bezieht, ist als **Anlage** beigefügt.

Der Beschluss wird somit nicht umgesetzt.

Im Auftrag

---

---

Heike Linnhoff  
Co-Dezernentin